

Parlamentarischer Vorstoss

2023/219

Geschäftstyp:	Interpellation
Titel:	Lehrpersonenmangel im Kanton Baselland
Urheber/in:	Jan Kirchmayr
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	—
Eingereicht am:	27. April 2023
Dringlichkeit:	—

Der Lehrpersonenmangel ist allgegenwärtig. Die Kantone verlängern die vor einem Jahr beschlossenen Notmassnahmen und haben grosse Mühe, die offenen Stellen an den Schulen zu besetzen. Der Mangel betrifft nicht nur Klassenlehrpersonen auf der Primarstufe, sondern zunehmend auch auf der Sekundarstufe 1, Förderlehrpersonen (Heilpädagogik, DaZ und Logopädie) und auf der Sekundarstufe 2 Lehrpersonen mit einer Lehrbefähigung in den Fächern Mathematik, Physik und Informatik.

In seiner Antwort auf die Fragestunde der Landratssitzung vom 16. Juni 2022 ([2022/288](#)) führt der Regierungsrat aus, dass rund ein Viertel der Baselbieter Lehrpersonen 55 Jahre und älter sind. Dies bedeutet, dass in den nächsten zehn Jahren rund 1'100 Lehrpersonen pensioniert werden. Weiter schreibt der Regierungsrat, dass er mit verschiedenen Massnahmen gegen den Lehrermangel vorgehen will und zu diesem Zweck eine Arbeitsgruppe aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen eingesetzt habe.

Bei der Beantwortung der Fragestunde vom 16. Juni 2022 fällt auf, dass die Schulleitungen keiner Meldepflicht über offene Stellen an die BKSD unterliegen und dass das AVS jeweils vor den Sommerferien im Mai und Juni eine entsprechende Umfrage bei den Schulleitungen durchführt. Diese Angaben sind jedoch mit Vorsicht zu interpretieren, da die Teilnahme an der Umfrage für die Schulen freiwillig (!) ist. Mit der Überweisung des Postulats ([2022/378](#)) Monitoring gegen Personalmangel an Baselbieter Schulen wird dieser Umstand hoffentlich geklärt.

Betrachtet man die seit der Beantwortung der Fragestunde vom Juni 2022 umgesetzten Massnahmen, so zeigt sich, dass wenig bis gar keine Massnahmen umgesetzt und/oder kommuniziert wurden. Zu den umgesetzten Massnahmen gehören die Einführung der Entlastungslektion für Klassenlehrpersonen der Primarstufe und die generelle Lohnerhöhung von 0.5%. In der Beantwortung der Interpellation ([2022/349](#)) «Wiedereinstieg in den Lehrberuf ermöglichen» bleibt der Regierungsrat wage und schreibt von einer Image-Kampagne und Massnahmen für den erleichternden Berufseinstieg. Weitere Massnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Lehrberufs sind jedoch nicht in Sicht. Es ist unverständlich, dass man so viel Zeit verstreichen lässt.

Der Lehrerinnen- und Lehrerverein Baselland (LVB) hat im Herbst eine breit angelegte Mitgliederbefragung zu den Belastungsfaktoren im Lehrberuf durchgeführt. Über 1000 Lehrerinnen und Lehrer haben daran teilgenommen. Die [Ergebnisse der Umfrage](#) und die daraus abgeleiteten Schlussfolgerungen und Forderungen lassen sich wie folgt zusammenfassen: Bürokratie abbauen, Klassenlehrpersonen entlasten, Integration mässigen, Primarstufe aufwerten, Überfrachtung beenden, Ausbildung verbessern. Es ist unabdingbar, dass das Baselbiet vorwärts macht und Massnahmen gegen den Lehrpersonenmangel ergreift und sich für die Attraktivität des Lehrberufs einsetzt.

Ich bitte den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele Vollzeitäquivalente müssen in den nächsten fünf Jahren an den Baselbieter Schulen aufgrund von Pensionierungen ersetzt werden? Bitte nach Stufen und Jahren aufschlüsseln.
2. Wie viele «Neueinsteiger» und «Neueinsteigerinnen» haben in den letzten Jahren den Lehrberuf im Baselbiet nach kurzer Zeit (bis zu fünf Jahren) wieder verlassen? Sind dem Regierungsrat mögliche Gründe dafür bekannt?
3. Mitte April (Stand 19. April) sind auf dem Stellenportal des Kantons BL 104 Lehrpersonenstellen ausgeschrieben: Verfügt der Regierungsrat über ein Monitoring der offenen Stellen? Wie viele Stellen konnten bis zur Beantwortung der Interpellation nicht besetzt werden? Bitte nach Stufen aufschlüsseln.
4. Welche Strategie verfolgt der Regierungsrat gegen den Lehrpersonenmangel?
5. Welche Massnahmen hat der Regierungsrat zur Bekämpfung des Lehrpersonenmangels seit Sommer 2022 im Bereich ...
 - a. «Bindung» ergriffen?
 - b. «Neurekrutierung» ergriffen?
6. Der LVB fordert aufgrund der Umfrageergebnisse einen Mix aus personal- und bildungspolitischen Massnahmen zur Bekämpfung des Lehrpersonenmangels:
 - a. Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, um die Bürokratie (insbesondere die Sitzungsdichte) abzubauen? Bitte nach Stufe aufschlüsseln.
 - b. Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, um die Klassenlehrpersonen (bspw. bei der Elternarbeit) zu entlasten?
 - c. Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, um die Integration schwer verhaltensauffälliger Schülerinnen und Schüler zu mässigen?
 - d. Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, um die Primarstufe aufzuwerten?
 - e. Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, um die Vielzahl der Ansprüche an Schule und Lehrpersonen zu reduzieren?
 - f. Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, um die Ausbildung der Lehrpersonen an der PH FHNW zu verbessern?
7. Welche konkreten Massnahmen gedenkt der Regierungsrat gegen den Lehrpersonenmangel zukünftig zu ergreifen? Bitte aufschlüsseln nach kurz-, mittel- und langfristig.
8. Oft verweist der Kanton lediglich auf die «Teilautonomie» der Schulen, wenn es um Massnahmen gegen den Lehrermangel oder um die Entwicklung flächendeckender Attraktivierungen des Lehrberufs geht. Welche der in Frage 7 genannten Massnahmen können im Rahmen der Teilautonomie der Schulen nicht aufgeweicht werden? Wie will der Kanton dies umsetzen?
9. Für den Fall, dass offene Lehrerstellen nicht besetzt werden können: Welche Notfallszenarien bestehen seitens des Kantons und der Gemeinden?
10. Inwiefern kann der Kanton darauf hinwirken, dass sich die Schulträger im Kanton nicht gegenseitig die Lehrpersonen abwerben und sich damit konkurrenzieren?
11. Wie unterstützt der Kanton die Gemeinden bei der Besetzung von Lehrpersonenstellen?